

# Die Stalin-Note

Historische Kontroverse  
im Spiegel der Quellen

## über den Friedensvertrag mit Deutschland

DIKTATUR UND DEMOKRATIE IM 20. JAHRHUNDERT

Moskau, 11. März 1952  
für Auswärtige Angelegenheiten  
Großbritanniens, Frankreichs,  
Oshaugnessy, und der USA.  
Note der Sowjetregierung

„Die Sowjetregierung hat die  
Regierung der Vereinigten Staaten  
darauf aufmerksam zu machen,  
Beendigung des Krieges mit  
sieben Jahre vergangen sind.  
Friedensvertrag mit Deutschland

leitende Minister  
der USA, Herrn  
Brionval, eine  
Friedensvertrages

„In der Hoffnung, die insofern  
entstanden sind. An einer Lösung  
sind die europäischen Staaten, die unter  
der Hitleraggression gelitten haben, besonders die  
Nachbarn Deutschlands, zutiefst interessiert. Der  
Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland  
wird die Basis für die Besserung der internationalen Ge-

mit Deutschland. Der  
Friedensvertrages mit  
Nachstehend der Text  
Entwurfes für die C

„In der Hoffnung, die insofern  
entstanden sind. An einer Lösung  
sind die europäischen Staaten, die unter  
der Hitleraggression gelitten haben, besonders die  
Nachbarn Deutschlands, zutiefst interessiert. Der  
Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland  
wird die Basis für die Besserung der internationalen Ge-

Grundlagen eines  
A und der Text des  
utschland:

„Die Menschenrechte  
ließen, einschließlich  
freiheit, des Rechts  
bung, der Freiheit der  
und der Versammlungs-

„die demokratischen Par-  
freie Betätigung ge-



Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert, Bd. 1

Schriftenreihe der Forschungs- und Dokumentationsstelle  
des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland

Herausgegeben von  
Stefan Kreuzberger  
Fred Mrotzek

Gerhard Wettig

# Die Stalin-Note

Historische Kontroverse  
im Spiegel der Quellen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist  
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere  
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen  
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,  
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH

Berlin-Brandenburg, 2015

KulturBrauerei Haus 2

Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin

[post@bebra-wissenschaft.de](mailto:post@bebra-wissenschaft.de)

Redaktion der Reihe: Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek, Rostock

Redaktion des Bandes: Sabine Grabowski, Düsseldorf

Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin

Umschlag und Satz: typegerecht, Berlin

Titelabbildung: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland  
(Horst Naumann)

Schrift: Minion Pro 10,5/13,5pt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg

ISBN 978-3-95410-037-8

[www.bebra-wissenschaft.de](http://www.bebra-wissenschaft.de)

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>7</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>9</b>
<b>Divergierende Auffassungen</b> .....	<b>13</b>
Kontext und Inhalt der Stalin-Note .....	13
Zeitgenössische Reaktionen .....	17
Gegensätzliche Argumentationen .....	26
<i>Angebotsthese</i> .....	26
<i>Disziplinierungsthese</i> .....	38
<i>Propagandathese</i> .....	42
<b>Historischer Kontext</b> .....	<b>51</b>
Bruch mit den Westmächten .....	51
Auftakt des Kalten Krieges in Deutschland .....	58
Blockade West-Berlins .....	69
Ausbau des Partei- und Staatsapparats in der Sowjetzone .....	82
Gründung der DDR .....	89
»Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands« .....	101
Entschluss zur Aufrüstung der DDR .....	114
»Neuer Programmpunkt Friedensvertrag« .....	118
Deutsch-deutscher Streit über freie Wahlen .....	125
Ausarbeitung der Friedensvertrags-Initiative .....	131
Stalin-Note und nachfolgende Stellungnahmen .....	140
»Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« in der DDR .....	147
<b>Die Kontroverse im Lichte der Quellen</b> .....	<b>162</b>
Allgemeine Feststellungen .....	162
Angebotsthese .....	167
Disziplinierungsthese .....	178
Propagandathese .....	183

<b>Fazit</b> .....	<b>186</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>189</b>
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	189
Abkürzungsverzeichnis .....	205
Transliterationstabelle .....	207
Personenregister .....	208
Der Autor .....	210

---

# Vorwort

Keine Initiative der sowjetischen Außenpolitik in der Zeit des Kalten Krieges ist so genau in allen Einzelheiten erforscht worden wie die Stalin-Note vom 10. März 1952. Das vermeintliche Angebot des sowjetischen Diktators, den Deutschen im Gegenzug für Neutralität die Wiedervereinigung des bis dahin geteilten Landes zu ermöglichen, hatte nicht nur unter den damaligen Zeitgenossen, sondern vor allem auch in der Historikerzunft weitreichende Forschungskontroversen ausgelöst. Seit Anfang der 1990er-Jahre die Moskauer Archive geöffnet wurden, ist es möglich, die sowjetische Politik jener Zeit im Lichte nun zugänglicher Schlüsseldokumente neu zu vermessen. Ich war der Erste, dem sich diese Gelegenheit 1992 bot, und seither hat mich dieses Thema nie wieder losgelassen. Ich konnte – wie auch die Autoren nach mir, denen dann aber weithin andere Materialien vorgelegt wurden – lediglich einen Teil der einschlägigen Unterlagen einsehen. Nimmt man aber alle bislang verwendeten Aktenstücke und sonstigen Quellen zusammen, ergibt sich ein nahezu lückenloses Bild der Vorgänge, welche die Stalin-Note betreffen. Die Feststellungen in diesem Band beruhen zum größten Teil auf den Arbeiten vieler weiterer Historiker, die das Thema ebenfalls auf der Basis interner sowjetischer Zeugnisse untersucht haben: Bernd Bonwetsch, Stein Bjørnstad, Laure Castin-Chaparro, Aleksej Filitov, Jan Foitzik, Mark Kramer, Vojtech Mastny, Jochen Laufer, Jurij Rodovič und V.K. Volkov sowie – aufgrund von Dokumenten, die ihm von anderer Seite in Übersetzung zugänglich gemacht worden waren – Wilfried Loth. Besondere Bedeutung kommt den Forschungen von Peter Ruggenthaler zu, der sämtliche Bestände durchgearbeitet hat, welche die Beschlüsse des Politbüros der KPdSU über Deutschland von 1945 bis 1952 einschließlich der vorbereitenden Anlagen sowie die 1951/52 äußerst wichtigen Informationen und Entscheidungen des damaligen Außenpolitik-Beraters von Stalin, Wjačeslaw Molotov, betreffen. Auf alle diese Autoren stützen sich die Ausführungen in diesem Buch.

Stefan Kreuzberger und Fred Mrotzek, die Herausgeber der mit diesem Band eröffneten Schriftenreihe »Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert«, sowie Sabine Grabowski, die mit großem Einsatz und Sachverstand das Buch überaus sorgfältig redaktionell betreut hat, standen mir mit wertvollen Anregungen bei der formalen Gestaltung des Textes wesentlich zur Seite. In der Verantwortung von Ev-

gen Zinger lag die Zusammenstellung des Personenregisters und des Abkürzungsverzeichnisses. Anna Kim hat meine Arbeit im abgelegenen Hunsrück durch die Beschaffung von Ablichtungen aus Berliner Bibliotheken unterstützt und ein dem Thema angemessenes historisches Foto für den Buchumschlag ermittelt. Der Programmleiter des be.bra wissenschaft verlags, Robert Zagolla, und der Lektor Matthias Zimmermann haben sich von Anfang an für das Buch engagiert. Ihnen allen danke ich für ihre Hilfe.

Kommen, im Juni 2015

Gerhard Wettig

---

# Einleitung

Am Ende des Zweiten Weltkriegs besetzten die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich das besiegte Deutschland, teilten es in vier Besatzungszonen sowie Sektoren der Stadt Berlin auf und unterstellten es ihrer »obersten Gewalt«. Als Organ der beabsichtigten gemeinsamen Regierung errichteten sie den Alliierten Kontrollrat, der, wie sie erklärten, im ganzen Land die Demokratie durchsetzen sollte. Tatsächlich jedoch wurde die politische Entwicklung durch das unterschiedliche, ja gegensätzliche Vorgehen der Vier Mächte in den jeweils von ihnen beherrschten Gebieten bestimmt. Während auf westlicher Seite der Aufbau eines Mehrparteiensystems und rechtsstaatlicher Verhältnisse eingeleitet wurde, zeichnete sich im Osten zunehmend die Tendenz zur Schaffung einer kommunistischen Diktatur ab. Das Ergebnis war die Gründung der Bundesrepublik und der DDR im Jahr 1949, die sich feindlich gegenüberstanden und sich jeweils als das wahre Deutschland präsentierten, das dem Willen des Volkes entspreche.

Stalin war auf der offiziellen Siegesparade in Moskau am 24. Juni 1945 als entschiedener Befürworter der deutschen Einheit aufgetreten und hatte nach dem offenen Ausbruch der Ost-West-Konflikts Mitte 1947 einen Friedensvertrag mit einem vereinigten Deutschland vorgeschlagen. Weil 1948/49 in der Sowjetzone Maßnahmen zur radikalen Durchsetzung der kommunistischen Diktatur erfolgten und die gegen West-Berlin verhängte Blockade offensichtlich feindlichen Charakter besaß, reagierte die deutsche Öffentlichkeit negativ. Zugleich jedoch blieb ihr Wille lebendig, sich mit der nationalen Spaltung nicht abzufinden. Diese erschien widernatürlich und daher auf längere Sicht unhaltbar. Das müsse auch die UdSSR einsehen und früher oder später auf der Grundlage dieser Erkenntnis handeln.

Als nach dem nordkoreanischen Überfall auf Südkorea Ende Juni 1950 auch Westeuropa von kommunistischer Aggression bedroht schien, hielten die Regierungen der westlichen Länder den Aufbau eines Verteidigungssystems auf dem Kontinent für erforderlich. Daran sollten sich auch Truppen aus der Bundesrepublik beteiligen. Die damit in Aussicht genommene Wiederbewaffnung stieß in der westdeutschen Öffentlichkeit auf breite Ablehnung. Mit Militär wollte kaum jemand wieder etwas zu tun haben. Viele kamen auf den Gedanken, dass jetzt der Augenblick gekommen sei, in dem die UdSSR ihren ständigen Erklärungen, sie wolle die

deutsche Einheit wiederherstellen, die Tat folgen lasse müsse. Für sie wäre doch, so lautete die Überlegung, eine Regelung von Vorteil, die ihr für den Verzicht auf das kommunistische Regime der DDR die Zusage verschaffte, dass die Bundesrepublik dem Westen keine gegen sie gerichteten Streitkräfte zur Verfügung stellen würde. Auf diese Weise sollten die Deutschen der Beteiligung an der militärischen Ost-West-Konfrontation entgehen und die staatliche Einheit auf westlich-demokratischer Grundlage erlangen.

Vor diesem politisch-psychologischen Hintergrund plädierte die Sowjetunion – als die Verträge der Westmächte mit der Bundesrepublik über deren Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas vor dem baldigen Abschluss standen – in ihrer Note vom 10. März 1952, die als Stalin-Note in die Geschichte des Kalten Krieges eingehen sollte, für einen Friedensvertrag mit einem bewaffneten, aber bündnislosen vereinigten »demokratischen und friedliebenden« Deutschland. Die Note wurde sofort veröffentlicht und allgemein als Angebot zur Wiederherstellung der deutschen Einheit verstanden. Die Westdeutschen stritten darüber, ob sie ernst gemeint sei oder nur als ein gegen die Westverträge gerichtetes propagandistisches Manöver zu gelten habe. Diese Frage weckte auch dann noch Interesse, als sie im Verlauf der weiteren politischen Entwicklung nicht mehr aktuell war, weil verschiedentlich vermutet wurde, dass eine einmalige Gelegenheit zur Verständigung über Deutschland nicht genutzt worden sei. Publizisten und Historiker suchten zu ergründen, ob denn die Geschicke des Landes nicht einen ganz anderen, positiveren Verlauf genommen hätten, wenn die Westmächte und/oder die Bundesregierung in Bonn den sowjetischen Vorschlag angenommen hätten. Wäre Stalin, in dessen Note von der Absicht zur Vereinigung Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat ohne Allianzbindung die Rede war, ernstlich zur Aufgabe der DDR bereit gewesen, um die Westmächte zum Verzicht auf die Eingliederung der Bundesrepublik in ihr Bündnis zu veranlassen? Diese Kontroverse ist der zentrale Gegenstand des vorliegenden Buches. Die dazu vorgetragenen Standpunkte sollen im Licht der inzwischen zugänglichen sowjetischen Internquellen beurteilt werden.

Seit Mitte der 1950er-Jahre haben sich folgende grundlegenden Auffassungen herausgebildet:

1. Stalin habe die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf westlich-demokratischer Basis ernsthaft angeboten, um die Bewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen der geplanten, mit der NATO verbundenen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu verhindern. Er sei der Ansicht gewesen, es lohne sich, auf die DDR als sozialistisches Mitglied des sowjetischen Lagers zu verzichten, wenn er auf diese Weise die weit größere Bundesrepublik aus dem westlichen Militärbündnis herausbrechen könne. Von dieser Prioritätensetzung habe ihn nicht abgehalten, dass damit die Aussicht auf einen Rückzug des sozialistischen Systems

und auf eine politische Zugehörigkeit des ganzen Deutschlands zum Westen verbunden gewesen wäre. Die ablehnende Haltung sowohl der Westmächte als auch der Regierung in Bonn habe, so der Vorwurf, dazu geführt, dass die Chance der Wiedervereinigung versäumt worden sei.

2. Gegen diese Auffassung ist geltend gemacht worden, dass sich Stalin im Prozess einer Offensive gegen den Westen gesehen habe und deswegen keinesfalls zur Aufgabe eines seiner Macht unterstehenden Staates und zum Rückzug des sozialistischen Systems gegenüber dem Kapitalismus bereit gewesen sei. Er habe den Abschluss eines Friedensvertrags mit einem künftig einigen Deutschland vorgeschlagen, um in der Bundesrepublik den falschen Eindruck zu erwecken, dass es zur gewünschten Wiedervereinigung käme, wenn sich die dortige Bevölkerung vom westlichen Bündnis abwenden würde. Dieses Täuschungsmanöver habe in der Forderung einer »demokratischen und friedliebenden« Ausrichtung deutlichen Ausdruck gefunden: Darunter habe man im Westen eine demokratische Orientierung verstanden, während die Kommunisten gewusst hätten, dass nur die östliche Politik so bezeichnet worden sei.
3. Einer weiteren Auffassung zufolge ging es beim Friedensvertragsvorschlag der UdSSR gar nicht um Einflussnahme auf den Westen. Vielmehr sei das Verhältnis zur DDR das bestimmende Motiv gewesen. Der Kreml habe die ostdeutschen Verselbstständigungstendenzen durch den Hinweis eindämmen wollen, man könnte sich auf Kosten der SED mit dem Westen einigen.

Dem einleitenden Kapitel, das die sowjetische Noteninitiative und die politischen Reaktionen darauf behandelt, folgt zunächst eine Darstellung der vorangegangenen Entwicklungen der sowjetischen Deutschland-Politik seit dem offenen Bruch mit den Westmächten Mitte 1947. Anschließend wird ausgeführt, wie der Korea-Krieg der politischen Konfrontation in Europa einen militärischen Akzent gab. Die weiteren Darlegungen befassen sich mit Stalins nicht zufällig auf Anregung aus Ost-Berlin hin getroffenen Entschluss, sich mit dem Friedensvertragsvorschlag an die Westmächte zu wenden und dessen Inhalt unter Aufsicht detailliert ausarbeiten zu lassen, sowie den zur Absendung der Note führenden Schritten. In den letzten Kapiteln geht es um die Erörterung und Beurteilung der drei Auffassungen über die dahinterstehenden Absichten.

Der Inhalt des Buches beruht durchweg auf sowjetischen Dokumenten. Diese hatten vielfach von Anfang an öffentlichen Charakter – wie insbesondere die Note vom 10. März 1952, die sich formal an die Regierungen der drei westlichen Deutschland-Mächte wandte, aber faktisch für die Öffentlichkeit bestimmt war – oder es handelt sich um Archivalien, die nach ihrer Deklassifizierung publiziert wurden. Soweit die sowjetischen Dokumente nicht als Texte vorliegen, stützen sich die Darlegungen auf die Ausführungen von Historikern, welche die betreffenden Unterlagen in Moskau

eingesehen haben, daraus zitieren bzw. genau berichten und das mit Archivsignaturen belegen. Dabei ergeben sich in der Zusammenschau aller verwendeten Materialien gelegentlich Interpretationen und Schlussfolgerungen, die von den Ansichten des betreffenden Autors abweichen, der, allein von seinen Quellen ausgehend, das Ganze nicht zu überblicken vermochte.

\* \* \*

*Formale Hinweise.* Den Zitaten aus sowjetischen Dokumenten werden, soweit vorhanden, die veröffentlichten Übersetzungen ins Deutsche zugrunde gelegt. Wenn es davon mehrere gibt, die in ihrem genauen Wortlaut voneinander abweichen, erfolgt eine eigene Übertragung ins Deutsche. Die Schreibweise der russischen Namen folgt stets den Regeln der wissenschaftlichen Transkription, auch wenn vom Übersetzer die sogenannte phonetische Wiedergabe gewählt wurde. Die Rechtschreibung aller Texte wird den heutigen Usancen angepasst.

Bei einigen Dokumenten sind die in den Fußnoten genannten Signaturen möglicherweise inzwischen geändert worden.

---

# Divergierende Auffassungen

## Kontext und Inhalt der Stalin-Note

Anfang der 1950er-Jahre hatten sich die Deutschen mit der Teilung ihres Landes in zwei Staaten, die einander feindlich gegenüberstehenden Lagern angehörten, keineswegs abgefunden. Zwar ließ sich die Bevölkerung der Bundesrepublik von der Vorstellung leiten, dass die politische Freiheit Vorrang vor der nationalen Einheit habe (während für die Menschen in der DDR weithin beides als ein- und dasselbe erschien), doch wurde die Wiedervereinigung allgemein für dringlich gehalten. Die Spaltung könne nicht von Dauer sein und müsse überwunden werden. Auch aus der Sicht der Kommunisten in Moskau und Ost-Berlin war sie ein vorübergehender Zustand, der so bald wie möglich beendet werden sollte. Vor diesem Hintergrund brachte die Tatsache, dass es noch keinen Friedensvertrag gab, klar zum Ausdruck, dass die Zweistaatlichkeit provisorischen Charakter hatte und dass diese durch eine bald bevorstehende Friedensregelung überwunden werde.

In der Bundesrepublik, wo die westliche Demokratie akzeptiert und die kommunistische Diktatur abgelehnt wurde, waren die maßgeblichen Politiker in Übereinstimmung mit der Bevölkerung der Ansicht, die Vereinigung müsse sich auf der Grundlage freier gesamtdeutscher Wahlen vollziehen, und die UdSSR werde irgendwann zu einem entsprechenden Angebot genötigt sein. Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Führer der Oppositionspartei SPD, Kurt Schumacher, hofften, die wachsende Stärke des Westens bzw. die innere, nicht zuletzt auch wirtschaftliche Schwäche des Sowjetsystems werde den Kreml langfristig zur Aufgabe der DDR veranlassen. In einigen bürgerlichen oder auch sozialdemokratischen Kreisen meinte man dagegen, die UdSSR lasse sich mit deutscher Verpflichtung zum Bewaffnungsverzicht oder zu militärischer Neutralität dazu bewegen, das SED-Regime im östlichen Landesteil fallen zu lassen. Diese Erwartung wurde genährt durch Äußerungen von Besatzungsoffizieren in Ost-Berlin gegenüber Gesprächspartnern aus der Bundesrepublik, Moskau habe im Grunde kein Interesse an einem kommunistischen Deutschland, sondern lege nur Wert auf eine freundliche Haltung und auf Neutralität im Ost-West-Konflikt.<sup>1</sup> Damit schien sich den Deutschen die Aussicht auf

1 Vgl. Hermann Graml: Die sowjetische Notenkampagne von 1952 (künftig zitiert: Graml, Die

Befreiung von den militärischen Konsequenzen des Kalten Krieges zu eröffnen, an dessen vorderster Front sie aufgrund der geografischen Verhältnisse standen.

Währenddessen hatte sich die reale Lage militärisch verschärft. Der nordkoreanische Angriff auf den südlichen Landesteil am 25. Juni 1950 hatte in Westeuropa ein Gefühl akuter Schutzlosigkeit hervorgerufen. Würden die Kommunisten nicht auch hier zur militärischen Aggression übergehen? Während in der Bevölkerung Angst grassierte, bemühten sich die Regierungen um die Fähigkeit zu hinreichender Verteidigung. Die USA begannen zu rüsten und sagten die Entsendung von Kampfverbänden zu, verlangten aber von ihren Verbündeten zugleich eigene Anstrengungen. Daran sollte sich auch die bislang entmilitarisierte Bundesrepublik beteiligen. Dort stieß die Forderung allerdings weithin auf Ablehnung. Ein großer Teil der Westdeutschen wollte aus nachvollziehbaren Gründen nichts mehr mit Militär und Krieg zu tun haben. Fast alle waren zudem in Sorge, dass die nationale Spaltung sich wesentlich vertiefen würde, sollte man künftig in beiden deutschen Staaten Soldaten zum Kampf gegeneinander rekrutieren. Als Adenauer bereit war, auf das Verlangen der Westmächte einzugehen, stand er deswegen vor großen innenpolitischen Problemen.<sup>2</sup>

Bei der Auseinandersetzung mit den Wiederbewaffnungsgegnern musste die Bundesregierung nicht zuletzt glaubhaft machen, dass sie das Ziel der Wiedervereinigung nicht aufgab, sondern nach wie vor aktiv anstrebte. Dabei war sie auf die Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte angewiesen. Diese hatten sich auf Betreiben der USA schon früher hinter die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen gestellt. Allerdings bestand zumindest in Paris kaum Interesse am Wiederverstehen eines einheitlichen Deutschlands. Die Franzosen wollten wie die anderen Nachbarvölker, die unter der Besetzung der Wehrmacht gelitten hatten, nie wieder ein starkes »Reich«. Das Vorhaben, den Deutschen erneut Waffen in die Hand zu geben, stieß in Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern ebenfalls auf heftige Gegenwehr. Die östliche Propaganda machte sich diese Lage zunutze und suchte die »Massen« diesseits und jenseits der deutschen Grenzen durch Polemik und das Bemühen der Kommunisten im Westen um Organisation des Widerstandes gegen die »Remilitarisierung Westdeutschlands« zu mobilisieren. Dabei fanden die Argumente Verwendung, die im Blick auf die jeweiligen Adressaten zweckmäßig erschienen – und zwar auch dann, wenn sie den Darlegungen anderswo widersprachen. Die durchgängige Begründung lautete, alle »demokratischen und friedliebenden« Kräfte

sowjetische Notenkampagne), in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die Legende von der verpassten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 (= Rhöndorfer Gespräche, Bd. 5), Stuttgart 1982, S. 16–37, hier S. 19 f.

2 Vgl. Gerhard Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967, S. 306–401 (künftig zitiert: Wettig, Entmilitarisierung).

müssten sich zur Wehr setzen und gegen den, wie es hieß, aggressiven westlichen »Imperialismus« kämpfen.

Die Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, für deren Armee die Beteiligung von sechs Staaten, vor allem der Bundesrepublik, vorgesehen war, und über einen »Generalvertrag«, bei dem es um die Aufhebung fast aller Besatzungsrechte und die Zuerkennung weitgehender politischer Selbstständigkeit an die westdeutsche Seite ging, standen Anfang 1952 vor dem Abschluss.<sup>3</sup> Beide Vorhaben bedeuteten eine eindeutige und enge Anbindung Westdeutschlands an die Westmächte. Vor diesem Hintergrund richtete die UdSSR am 10. März 1952 eine – sogleich an die Presse übergebene – Note an die Westmächte. Darin unterstützte der Kreml unter Hinweis auf den »anomalen Zustand«, dass sieben Jahre nach Kriegsende »noch immer kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wurde«, ein vorangegangenes »Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der an die Vier Mächte gerichteten Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland«. Die Sowjetunion wende sich daher ihrerseits »an die Regierung der Vereinigten Staaten und ebenfalls an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit dem Vorschlag, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrags mit Deutschland zu erwägen, damit in nächster Zeit ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf vorbereitet und einer entsprechenden internationalen Konferenz zur Prüfung vorgelegt wird«.

Dieser Friedensvertrag müsse »unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands in Gestalt der gesamtdeutschen Regierung ausgearbeitet werden«. Deswegen sollten »die UdSSR, die USA, England und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen«, welche »die rascheste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern« könne. »Zur Erleichterung der Vorbereitung eines Friedensvertragsentwurfs« fügte die sowjetische Regierung einen solchen bei »zur Prüfung durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs«. Sie erklärte zugleich ihre »Bereitschaft, auch andere mögliche Entwürfe zu dieser Frage zu prüfen«, und erklärte, sie rechne damit, »auf den genannten Vorschlag eine Antwort in kürzester Frist zu erhalten«.<sup>4</sup>

3 Vgl. ebd., S. 402–487.

4 Sovetsko-amerikanskije otnošenija 1949–1952 (= Rossija XX vek), Dokumenty, bearb. von G.N. Sevost'janov, Moskau 2006, Dok.: Proekt noty Sovetskogo pravitel'stva pravitel'stvu SŠA. Analogičnye noty pravitel'stvam Francii i Anglii, S. 535 f. (künftig zitiert: Sovetsko-amerikanskije otnošenija). – Siehe auch Jan Foitzik (Hrsg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente, München 2012, S. 568–579 [als Anlagen zu den Politbüro-Beschlüssen vom 6. und 8.3.1952 einschließlich Nebentexten] (künftig zitiert: Foitzik, Sowjetische Interessenpolitik). – Dokumente zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 289–293

Beigefügt wurden »Grundlagen des Friedensvertrags mit Deutschland«, welche die ins Auge gefassten Bestimmungen nicht im Detail formulierten, aber das zugrunde zu legende Konzept umrissen. Am Friedensvertrag beteiligen sollten sich »Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben«. In politischer Hinsicht hieß es, dass Deutschland »als einheitlicher Staat wiederhergestellt« werden sollte, der »die Möglichkeit der Entwicklung in der Eigenschaft als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat« erhalte. Alle Streitkräfte der Besatzungsmächte hatten sich bis spätestens ein Jahr nach Abschluss des Friedensvertrags zurückzuziehen. Zugleich waren »alle ausländischen Stützpunkte auf dem Territorium Deutschlands« zu »liquidieren«. Die deutsche Seite sollte sich ihrerseits dazu verpflichten, »nicht irgendwelchen Koalitionen oder Militärbündnissen beizutreten, die sich gegen einen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat«. Die »[m]ilitärische[n] Bestimmungen« stipulierten »eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte)«, die »für die Verteidigung des Landes notwendig« seien, und die Erlaubnis zur Produktion »militärische[r] Materialien und Ausrüstungen«, soweit sie nach Umfang und Art nicht über das zur Verteidigung erforderliche Maß hinausgehen würden.

Umfangreiche Ausführungen bezogen sich auf die Verhältnisse im Innern. »Dem deutschen Volk« sollten »die demokratischen Rechte gewährleistet« werden »einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit«. Die »demokratischen Parteien und Organisationen« sollten sich frei betätigen können und »das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu nutzen«. Dagegen sollten »Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Wahrung des Friedens feindlich« gesinnt seien, nicht bestehen. Frühere Berufssoldaten einschließlich Offiziere und Generäle sowie ehemalige Nationalsozialisten sollten, soweit sie nicht durch Gerichte wegen begangener Verbrechen verurteilt worden seien, gleiche »bürgerliche und politische Rechte« erhalten »zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands«.<sup>5</sup>

(künftig zitiert: Dokumente zur sowjetischen Deutschlandpolitik mit Bandangabe). – Der Text der Note wird ebenso wie der aller weiteren Dokumente in dieser Publikation auf der Grundlage des russischen Originals zitiert. Er kann sich daher von der Übersetzung in den diesbezüglichen Veröffentlichungen formal unterscheiden.

5 Sovetsko-amerikanskije otnošenija, Dok.: Proekt noty Sovetskogo pravitel'stva pravitel'stvu SŠA. Analogičnye noty pravitel'stvam Francii i Anglii, S. 535 f.

In wirtschaftlicher Hinsicht wurde vorgesehen, dass Deutschland »keine Beschränkungen auferlegt« werden sollten bei der »Entwicklung seiner friedlichen Wirtschaft, die der Hebung des Wohlstands des deutschen Volkes dienen soll«. Auch »in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten« sollte es keinen Beschränkungen unterliegen.<sup>6</sup> Hinsichtlich der Grenzen hieß es, dafür seien die »Beschlüsse auf der Potsdamer Konferenz« maßgebend. Demnach hatte Deutschland auf die Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße zu verzichten.<sup>7</sup> Dagegen wurde festgelegt, dass das Saarland, das Frankreich abgetrennt und zu einem seinem Einfluss unterliegenden Staat gemacht hatte, zu Deutschland gehörte. Die Länder, die sich am Abschluss des Friedensvertrags beteiligten, hatten die Verpflichtung zu übernehmen, sich für die Aufnahme Deutschlands in die UNO einzusetzen.<sup>8</sup>

## Zeitgenössische Reaktionen

Aufseiten der *Westmächte*, vor allem der USA, war schon länger mit einem sowjetischen Vorschlag dieser Art gerechnet worden. Diese Erwartung beruhte auf der Wahrnehmung, dass eine Vereinigung Deutschlands auf der Basis militärischer Neutralität große Vorteile für die UdSSR mit sich brächte. Dadurch würde nicht nur der Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung Westeuropas und der Aufbau einer gemeinsamen Armee der westeuropäischen Staaten verhindert werden. Der NATO würde zudem neben den westdeutschen Truppen auch das westdeutsche Territorium entzogen, sodass der Aufbau einer militärischen Abwehrfront nach aller

6 Ebd. – In der Endfassung der Note waren die noch im abschließenden Entwurf enthaltenen Formulierungen entfallen, dass »die deutschen Monopolzusammenschlüsse, die als Stütze des Hitler-Regimes gedient haben, die Kartelle, die Trusts, die Syndikate und andere Monopole im Bereich der Produktion, des Handels, des Bankwesens und anderer Wirtschaftsbranchen Deutschlands« zu »liquidieren« seien, dass die »unbehinderte Entwicklung der Privatinitiative und des Unternehmertums« gewährleistet werden solle, dass das Ruhrgebiet mit seiner Industrie ein unerlässlicher Bestandteil Deutschlands sei und dass Deutschland die Verpflichtung anerkenne, »auf gerechter Grundlage den Schaden zu ersetzen«, der durch die militärischen Aktionen gegen die alliierten Mächte und durch die Besetzung ihres Territoriums angerichtet worden war.

7 Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 hatte Stalin die Regierungschefs der USA und Großbritanniens mit der vollendeten Tatsache der Abtrennung dieser Gebiete konfrontiert, welche die deutsche Bevölkerung entweder aus Angst vor der Roten Armee verlassen hatte oder nach Eroberung durch sowjetische Truppen verlassen musste. Die Westmächte hatten sich veranlasst gesehen, ihre Zustimmung zur »Verwaltung« durch Polen bzw. die UdSSR zu geben.

8 Siehe *Sovetsko-amerikanskije otnošenija*, Dok.: *Osnovy mirnogo dogovora s Germaniej*, S. 537 f. – Dokumente zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Bd. 1, S. 289–293.

Voraussicht unmöglich wäre. Angesichts dessen würde die Aufrechterhaltung der amerikanischen Präsenz in Europa auf längere Sicht fraglich sein. Eine Neutralitätsregelung, so meinte man in den westlichen Hauptstädten, würde dem Westen die ihm ganz überwiegend zuneigenden Deutschen entziehen und damit die sowjetische Machtposition so sehr stärken, dass sich die damit verbundene Freigabe der DDR für den Kreml durchaus lohnen würde.

An diesem Punkt stellte sich die Frage, ob Stalin seine Lage und sein Interesse auf die gleiche Art beurteilte. Die führenden westlichen Politiker gingen, wie es scheint, von vornherein davon aus, dass er die Dinge genauso sehe wie sie – eine Einschätzung, in der sie von »vertraulich« gestreuten Äußerungen leitender Funktionäre der UdSSR und der DDR bestärkt wurden. Aus der Annahme, dass man die Dinge im Kreml genau so einschätze wie im Westen, zogen die Politiker der NATO-Länder den Schluss, eine deutsche Wiedervereinigung auf neutraler Grundlage komme für sie sogar bei demokratischen Verhältnissen im Innern nicht in Betracht, weil die machtpolitischen Vorteile unannehmbar wären, welche die Sowjetunion gewinnen würde. Vor allem schien die Bundesrepublik zur Behauptung der militärischen und politischen Position auf dem europäischen Kontinent absolut unentbehrlich zu sein, und man war auch davon überzeugt, dass ein bewaffnetes und zugleich bindungsloses Deutschland die internationale Sicherheit bedrohe.<sup>9</sup> Die Erinnerung an die Zwischenkriegszeit war noch lebendig, als die Regierung in Berlin zwischen den Westmächten und der UdSSR wählen konnte. Nicht nur der Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der den Zweiten Weltkrieg eingeleitet hatte, sondern bereits der Rapallo-Vertrag, welcher der zunächst isolierten Weimarer Republik wirtschaftlichen und politischen Spielraum verschafft hatte,<sup>10</sup> galten als prosowjetische Schritte, die künftig von vornherein ausgeschlossen werden sollten.

*Bundeskanzler Adenauer* lehnte die vorgeschlagenen Deutschland-Verhandlungen daher mit großem Nachdruck ab. Darauf einzugehen, war seiner Ansicht nach selbst dann gefährlich, wenn die UdSSR tatsächlich zu einer akzeptablen Wiedervereinigungsregelung bereit wäre. Adenauer zufolge musste sich die Bundesre-

9 Vgl. Graml, Die sowjetische Notenkampagne, S. 16–20, 23f., 30. – Gerhard Wettig: Die Lage in der Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik bei den Westverträgen von 1952 (künftig zitiert: Wettig, Die Lage), in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S. 58–74, hier S. 68–72 (künftig zitiert: Timmermann, Deutschlandvertrag).

10 Als Staaten, die den Siegermächten des Ersten Weltkriegs im Westen gegenüberstanden, schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 16.4.1922 den Vertrag von Rapallo, in dem sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Reparationen und ausgedehnten Handel vereinbarten. Der Vertrag war der Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen sowie – unter strenger Geheimhaltung – militärischen Zusammenarbeit.

publik zum Schutz vor der sowjetischen Macht und dem Kommunismus fest und dauerhaft in die westliche Staatengemeinschaft integrieren.<sup>11</sup> Daher stimmte er voll mit der ablehnenden Haltung der westlichen Regierungen überein.<sup>12</sup> Im Gespräch mit den Hochkommissaren hielten beide Seiten es nicht für restlos ausgeschlossen, dass Stalin ernstlich ins Gespräch über die Frage der deutschen Einheit kommen wolle und für die damit verbundene Neutralisierung Deutschlands einen Preis zu zahlen bereit sei. Auch und gerade dann dürfe man aber darauf nicht eingehen. Das sei eine Falle. Adenauer sah zugleich die Gefahr, dass die Bundesrepublik das im Westen aufgebaute Vertrauen verspielen, dort als unzuverlässiger Partner gelten und die unbedingt erforderliche Unterstützung gegen die UdSSR verlieren könnte. Gegenüber einheimischen Kritikern machte er geltend, man dürfe im Westen nicht den Eindruck erwecken, man sei bereit, die Westorientierung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit infrage zu stellen. Sie würde dann als bloßer Opportunismus erscheinen und für die Westmächte eine starke Versuchung schaffen, sich mit dem Kreml über Deutschland ohne Rücksicht auf deutsche Interessen zu verständigen. Auch entstände die Gefahr, dass sich in den USA isolationistische Tendenzen wieder durchsetzen könnten. Westeuropa geriete dann in eine hilflose Lage.<sup>13</sup> Eine neutrale Zwischenposition Deutschlands zwischen den Blöcken kam demnach von vornherein nicht in Betracht.

*In der Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und DP* war die Zustimmung zu Adenauers Haltung nicht ungeteilt. Beispielsweise reagierte der zur CDU gehörende Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der in den ersten Nachkriegsjahren Deutschland die Rolle der Brücke zwischen Ost und West hatte zuweisen wollen, auf die Note mit der öffentlichen Erklärung, sie sei »ein gewichtiges politisches Ereignis«, und verband damit den Appell, »sorgsam zu prüfen«, ob sich da nicht ein Wendepunkt andeute. Man dürfe zwar die Bemühungen um den Aufbau Deutschlands und die Stärkung der freien Welt nicht vermindern, solle aber auch keine Möglichkeit versäumen, »Deutschland zur Einheit in Freiheit und zu endgültigem Frieden zu führen«. Adenauer bezichtigte ihn daraufhin des Bruchs der Kabinettsdisziplin. In einem scharfen Disput veranlasste er ihn dazu, auf weitere Extratouren zu verzichten.<sup>14</sup>

*In der oppositionellen SPD* bekannte man sich zwar voll zum Westen, hatte aber gegenüber der geplanten westdeutschen Wiederbewaffnung große Vorbehalte und blickte vielfach mit Sympathie auf die Idee der militärischen Neutralität. Trotzdem

11 Vgl. Graml, Die sowjetische Notenkampagne, S. 18 f.

12 Vgl. ebd., S. 24, 26 f.

13 Vgl. ebd., S. 27 f.

14 Vgl. ebd., S. 57–65.

fand die Note zunächst nur geringes Interesse, doch in den folgenden Monaten verbreitete sich in manchen Reihen der Partei der Eindruck, es handele sich vielleicht um ein ernsthaftes Angebot. Man solle es in Verhandlungen testen, um nicht eine etwaige Wiedervereinigungschance zu versäumen.<sup>15</sup>

*Gustav Heinemann*, der als Innenminister das Bundeskabinett im Herbst 1950 aus Protest gegen Adenauers Wiederbewaffnungskurs verlassen und sich danach um Sammlung der ablehnenden Kräfte bemüht hatte, war generell der Ansicht, zwischen den feindlichen Lagern seien bindungsfreie Staaten als Konfliktpuffer nötig. Deutschland könne erst wieder Waffen in die Hand nehmen, wenn es wieder gleichberechtigt und souverän sei, sonst drohe es zum Schlachtfeld in einem Krieg zu werden, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen würden. Die Sicherheitszusage der Westmächte mache deutsche Truppen entbehrlich. Wenn man sie aufstelle, seien alle Wege zur Wiedervereinigung langfristig verbaut, und man müsse einen Präventivkrieg der UdSSR befürchten. Durch die Stalin-Note sah Heinemann seine Einschätzung bestätigt, dass der Kreml an einer Entspannung in Europa und am Einvernehmen über Deutschland interessiert sei. Nach seiner Ansicht war der Bundeskanzler, als er auf diese Chance zur Wiedergewinnung der staatlichen Einheit nicht reagiert hatte, seiner Verantwortung vor dem deutschen Volk nicht gerecht geworden. Es sei, wie er später beklagte, ein großer Fehler gewesen, dass man stattdessen auf der Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen bestanden habe. Als erster Schritt wäre eine Vereinbarung über den Verzicht auf deutsche Beteiligung an den Militärbündnissen notwendig gewesen. Von den Wahlen hätte dann später die Rede sein können.<sup>16</sup>

Die – vor allem rückblickend geführte – *Diskussion in der westdeutschen Öffentlichkeit* wurde weithin von dem Eindruck bestimmt, die Note sei als ein ernst gemeintes Angebot zu Verhandlungen über eine Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage aufzufassen. Auch wer nicht auf den sowjetischen Vorschlag eingehen wollte, glaubte meistens, Stalin habe mit seinem Friedensvertragsangebot die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unter Opferung des SED-Regimes angestrebt, um darüber eine Neutralisierung des deutschen militärischen Potenzials zu erreichen. Er habe doch wissen müssen, dass der Verzicht auf die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis nur zu diesem Preis zu haben gewesen sei. Der Einwand der Skeptiker, wenn dies tatsächlich seine Absicht gewesen wäre, hätte er sie irgendwie zum Ausdruck bringen müssen, um auf der Gegenseite

15 Vgl. ebd., S. 24f. – Alexander Gallus: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf 2001, S. 70–74 (künftig zitiert: Gallus, Die Neutralisten).

16 Vgl. ebd., S. 76–83. – Manfred Kittel: Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958 (künftig zitiert: Kittel, Genesis), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 41. Jg. (1993), H. 3, S. 355–389, hier S. 357.

Interesse zu wecken, wurde mit dem Hinweis auf eine mögliche Verhandlungstaktik zurückgewiesen. Stalin habe seine Karten nicht vorzeitig aufdecken wollen. Welche Haltung vor diesem Hintergrund richtig sei, wurde unterschiedlich beantwortet. Das enorme Interesse der Deutschen in den 1950er-Jahren an der staatlichen Einheit habe die Anbahnung von Verhandlungen geboten erscheinen lassen, auch wenn man nicht gewusst habe, wie weit die UdSSR zu gehen bereit war. Es galt demnach, auf jeden Fall die Möglichkeit der Verständigung über die Wiedervereinigungsfrage zu testen. Dass die Bundesrepublik dabei möglicherweise nicht mit der nötigen Unterstützung der Westmächte hätte rechnen können, blieb fast immer außer Betracht.<sup>17</sup>

Wer sich zu dieser Sicht bekannte, forderte von Adenauer die Bereitschaft zu Verhandlungen über den Friedensvertrag, obwohl die Note zwar der Bundesregierung zugeschickt, aber nicht an sie, sondern an die drei Westmächte adressiert war. Soweit die Befürworter dieses Standpunktes diesen Tatbestand später einmal zur Kenntnis nahmen, rechtfertigten sie ihr Verlangen mit der Erklärung, die Bonner Politik hätte in den westlichen Hauptstädten auf Verhandlungen dringen und diesem Begehren notfalls mit öffentlichen Appellen nachhelfen müssen. Gelegentlich hieß es sogar, die westdeutsche Seite hätte sich, wenn dies erfolglos geblieben wäre, direkt um eine Verständigung mit der UdSSR bemühen sollen. Das wäre weit über die Kompetenzen der Bundesrepublik hinausgegangen. Sie unterstand dem Besatzungsregime der Westmächte und verfügte zudem gegenüber der UdSSR nicht über die nötige Macht. Sie hätte sich nicht nur ohnmächtiger Isolierung ausgesetzt, sondern sich auch gegen die rechtliche Grundlage ihrer Existenz gewandt. Wollte sie gegenüber dem Kreml etwas erreichen, musste sie ihren rechtlichen Status berücksichtigen und eng mit den westlichen Staaten zusammenwirken.

Auch wenn in der Bundesrepublik verschiedentlich eine Prüfung der sowjetischen Offerte gefordert wurde, war das Echo für den Kreml insgesamt enttäuschend. Nur wenige Medien kommentierten sie nicht ablehnend. In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) äußerte sich deren Mitherausgeber *Paul Sethe* kritisch, meinte aber, man solle den Vorschlag testen. Zustimmung zur sowjetischen Note brachten nur einige regionale Tageszeitungen sowie das einflussreiche Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« zum Ausdruck. Dessen Chefredakteur *Rudolf Augstein* nannte es verantwortungslos, dass Adenauer keine Verpflichtung gegenüber den Ostdeutschen

17 Hierzu u. a. Hermann Graml: Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat? Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland (künftig zitiert: Graml, Nationalstaat), in: VfZ, 25. Jg. (1977), H. 4, S. 821–864. – Peter März: Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten. Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und der sowjetischen Deutschlandpolitik, Frankfurt am Main 1982 (künftig zitiert: März, Die Bundesrepublik).

empfinde und einen »Kuhhandel« mit der UdSSR ablehne. Westintegration und Aufrüstung wären nur gerechtfertigt, wenn Verhandlungen die Unmöglichkeit der Wiedervereinigung bewiesen hätten.<sup>18</sup> Der damals allgemein bekannte Neutralist *Ulrich Noack* wollte ebenfalls den Vorschlag aus Moskau positiv beantwortet sehen. Er hatte sich – mit einiger Resonanz in linksliberalen und protestantischen Kreisen – schon seit den späten 1940er-Jahren dafür eingesetzt, Deutschland aus den Blöcken herauszuhalten.<sup>19</sup> Am 22. Dezember 1950 waren er, Gustav Heinemann, der Präsident der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau, *Martin Niemöller*, und einige andere mit einem Appell für den Frieden und gegen die Wiederaufrüstung an die Öffentlichkeit getreten. Mittels Volksabstimmung wollten sie die Einführung einer Wehrdienstpflicht, die Einbeziehung West- und Ostdeutschlands in internationale Sicherheitspakete und die Anwerbung deutscher Staatsbürger zu jeder Form von Wehrdienst verhindern. Sie legten sich auf das Nein zu einem Verteidigungsbeitrag fest, ohne von der östlichen Seite eine Gegenleistung zu verlangen. Dem blieb wie allem weiteren Bemühen um die Bildung einer einheitlichen Front gegen die Wiederbewaffnung der Erfolg versagt.<sup>20</sup> Der *Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) verweigerte im Frühjahr 1952 die Zustimmung zu dem unter anderem von Heinemann unterstützten Antrag, man müsse auf die sowjetische Deutschland-Initiative hin aktiv handeln. Auf *katholischer Seite* wurde Adenauers ablehnende Haltung fast durchweg begrüßt.<sup>21</sup>

Die *SED-Führung* war hinsichtlich der publizistischen Darstellung der Stalin-Note in einem Dilemma: Sie musste sie im Blick auf die Opponenten der Politik Adenauers im Westen zum ernsthaft beabsichtigten Schritt der Verständigung über die deutsche Frage erklären und zugleich im Blick auf die eigene Klientel und die Öffentlichkeit in der DDR die Gewissheit bekunden, dass die sowjetische Schutzmacht keinesfalls eine Preisgabe ihrer Herrschaft in Erwägung ziehe. Sie suchte dem doppelten Erfordernis dadurch zu entsprechen, dass sie die Note in den Kontext einer mit der UdSSR gemeinsam betriebenen Deutschland-Politik stellte, die auf der Basis der Potsdamer Vier-Mächte-Vereinbarungen von 1945 seit jeher für die Einheit eingetreten sei. »Vor und nach der Bildung der beiden deutschen Staaten« gab es demnach »mehr als [nur] eine Chance« zur Wiedervereinigung. »Eine dieser Möglichkeiten«, die bis zur »Eingliederung Westdeutschlands in das ›Verteidigungs-

18 Vgl. Gallus, *Die Neutralisten*, S. 115–124.

19 Vgl. ebd., S. 153–169.

20 Vgl. ebd., S. 167 f.

21 Vgl. Kittel, *Genesis*, S. 357 f.

system« des Westens« bestanden habe, sei der sowjetische »Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland« vom März 1952 gewesen.<sup>22</sup>

Zu der entscheidenden Frage, welche innenpolitischen Verhältnisse im Zuge der Vereinigung vorgesehen waren, hieß es bei der SED, die sowjetische Regierung habe sich »jeder Regelung« widersetzt, »die ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus begünstigte« und auf den Prinzipien des Potsdamer Abkommens bestanden. Daher habe sie alles abgelehnt, was auf die »Liquidierung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der DDR« abzielte. Zugleich war davon die Rede, das »deutsche Volk selbst« müsse durch beide Regierungen und sonstige Organe die »Verantwortung« dafür tragen, »wie diese entscheidende nationale und internationale Frage« gelöst werden würde. »Die endgültige Bestimmung seiner Gesellschaftsordnung« sei »die Aufgabe des deutschen Volkes« gewesen, und die Wiedervereinigung habe »die unmittelbare Mitwirkung der beiden deutschen Staaten« erfordert. Deswegen habe sie nach gemeinsamer Überzeugung der UdSSR und der DDR nicht von den Besatzungsmächten »dekretiert werden« können. Die nationale Spaltung war demnach darauf zurückzuführen, dass die Westmächte und die Bonner Regierung die Schritte zur Wiedervereinigung ablehnten.<sup>23</sup>

Nach Stalins Tod Anfang März 1953 stellten seine Nachfolger die scharfe Polemik gegen die westlichen Staaten ein und verlegten sich auf freundliche Gesten. Als Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR erteilte Georgij Malenkov der Politik maximalistischer Forderungen eine Absage und befürwortete eine Konferenz der Großmächte nach der Art der Zusammenkünfte im Jahr 1945 von Jalta und Potsdam. Das weckte in Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit die Hoffnung, es könnte zu einer Übereinkunft über die Wiedervereinigung kommen. Sie verstärkte sich, als der britische Premierminister Sir Winston Churchill sich in einer Unterhausrede am 11. Mai 1953 für ein neutrales demokratisches Deutschland aussprach.<sup>24</sup> Daraufhin erinnerte man sich in der Presse der Bundesrepublik an die – jetzt vielfach in einem günstigeren Licht erscheinende – Stalin-Note vom Vorjahr. Für Ernüchterung sorgten zunächst das sowjetische Nein zum Abschluss eines Österreich-Vertrags, der die Besetzung der Alpenrepublik beendet hätte, und dann mehr noch die Niederschlagung des Aufstandes in der DDR am 17. Juni 1953.<sup>25</sup>

22 Siegfried Thomas: Die sowjetische Deutschland-Note vom 10. März 1952 – eine verpasste Chance (künftig zitiert: Thomas, Die sowjetische Deutschland-Note), in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1967: 50 Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen 1917–1967, S. 81–96, hier insbes. S. 82 f.

23 Siehe ebd.

24 Siehe Weekly Hansard, Nr. 225 (8.–14.5.1953), S. 134–144.

25 Vgl. Kittel, Genesis einer Legende, S. 358–360.

Während Adenauer ungeachtet der innenpolitischen Schwierigkeiten Kurs hielt, verhinderten wachsende Widerstände in Frankreich das Inkrafttreten der Westintegrationsverträge. Zuletzt brachte die Nationalversammlung die EVG im August 1954 zu Fall, doch vor allem aufgrund der Initiative des – inzwischen ins Amt gekommenen – britischen Premierministers Anthony Eden kam im Herbst 1954 eine Regelung zustande, durch welche die Bundesrepublik direkt in die NATO einbezogen wurde. Nachdem die Parlamente aller beteiligten Staaten die Verträge ratifiziert hatten, wurde Westdeutschland am 5. Mai 1955 in das Bündnis aufgenommen. Kurz danach erfolgte die Gründung des Warschauer Pakts. Die seit 1952 unter der Bezeichnung »Kasernierte Volkspolizei« in der DDR aufgebaute Koalitionsarmee wurde Anfang 1956 zum Bestandteil der Paktstreitkräfte erklärt. Der vage sowjetische Hinweis auf die Möglichkeit freier gesamtdeutscher Wahlen am 15. Januar 1955, unmittelbar bevor die Verträge zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik im Bundestag zur Ratifikation anstanden, und der Abschluss des österreichischen Staatsvertrags am 15. Mai 1955, der das Land aus dem Besatzungsregime der Vier Mächte entließ und mit einer Verpflichtung zu dauernder Neutralität verbunden wurde, belebten in der westdeutschen Öffentlichkeit die Diskussion über die Stalin-Note. Die Verfechter der Ansicht, dass die UdSSR mit ihrer Politik gegenüber der Alpenrepublik ihre Bereitschaft zum Einvernehmen auch über die Deutschland-Frage bewiesen habe, übersahen meist, dass sich dort nicht die Frage des Verzichts auf ein kommunistisches Regime stellte.

Vor allem bei linksintellektuellen Protestanten im Umfeld von Gustav Heine mann, Martin Niemöller und Helmut Gollwitzer, teilweise auch in den Gewerkschaften und innerhalb der SPD, deren Führung seit dem Tod Schumachers im August 1952 eine schwankende Haltung einnahm, verbreitete sich seit Mitte der 1950er-Jahre die Ansicht, die Bundesrepublik habe mit ihrer ablehnenden Haltung zur Stalin-Note eine Chance auf die Wiedervereinigung in Freiheit versäumt, denn die UdSSR wäre in Verhandlungen dazu bereit gewesen, wenn man ihr dafür die militärische Neutralität geboten hätte. Die Frage, wie Deutschland ohne Verbündete sich im Kalten Krieg hätte behaupten können, wurde zumeist mit dem Hinweis auf die Idee eines West wie Ost umfassenden Systems der kollektiven Sicherheit in Europa beantwortet.

Auf freidemokratischer Seite vollzog sich ein ebensolcher Meinungsumschwung. Zwar bot die UdSSR mit ihrer Militärintervention in Ungarn im Herbst 1956 keineswegs das Bild der Bereitschaft zum Rückzug aus dem äußeren Imperium, doch die Haltung der FDP-Führung wurde nicht davon, sondern von der innenpolitischen Entwicklung bestimmt. Der Krise der Bonner Koalition im Winter 1955/56, welche die Partei zur Aufkündigung des Regierungsbündnisses mit der CDU/CSU bewog, folgte die Formulierung eines gegen Adenauer gerichteten Standpunkts in der Deutschland-Frage. Der Vorsitzende Thomas Dehler, der sich bis dahin an den

Bundeskanzler eng angeschlossen hatte, stand ihm jetzt feindselig gegenüber und machte sich die Ansicht des FDP-Abgeordneten Karl Georg Pfeleiderer zu eigen, das Ziel der staatlichen Einheit auf freiheitlicher Grundlage wäre erreicht worden, wenn man im Frühjahr 1952 Stalins Verhandlungsangebot angenommen hätte. Nicht nur unter den Liberalen, sondern auch bei den Sozialdemokraten verbreitete sich die Vorstellung, es gäbe noch Chancen einer Vereinbarung mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung, wenn die Bundesrepublik der NATO den Rücken kehren und zum Abschluss eines Ost-West-Pakts der kollektiven Sicherheit bereit sein würde.

Die Auffassung, 1952 sei eine historisch einmalige Chance zur Herstellung der staatlichen Einheit ungenutzt geblieben, setzte sich im öffentlichen Bewusstsein weithin fest, als in einer denkwürdigen Nachtsitzung des Bundestages am 23. Januar 1958 Dehler und Heinemann mit Unterstützung des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer dem Bundeskanzler leidenschaftlich zum Vorwurf machten, die staatliche Einheit verhindert zu haben. Die Unionsparteien, die von der Attacke völlig überrascht wurden und zu der späten Stunde keine sachkundigen Abgeordneten mehr im Saal hatten, wussten nichts Überzeugendes zu entgegnen, sodass der Eindruck entstand, die Stalin-Note sei in der Tat ein großartiges Angebot gewesen und ohne triftige Begründung abgelehnt worden. Die Medien berichteten über die Sitzung ausführlich und kamen auch später immer wieder auf das Thema zurück.<sup>26</sup>

Kurz nach dieser Auseinandersetzung im Bonner Parlament bemühte sich Axel Cäsar Springer, dessen überaus zahlreichen Presseorgane in die Kritik an Adenauer eingestimmt hatten, in Moskau um eine Bestätigung der sowjetischen Konzessionsbereitschaft. Im Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruščëv am 29. Januar 1958 musste er jedoch feststellen, dass der Kreml nicht zur Aufgabe der DDR und ihres kommunistischen Regimes bereit war.<sup>27</sup> In der SPD, die 1957 Heinemann in ihre Reihen aufgenommen hatte, hielt man auch nach dem sowjetischen Berlin-Ultimatum vom November 1958, das die Preisgabe West-Berlins verlangte, vielfach an der Erwartung fest, die UdSSR durch das Angebot militärischer Neutralität zur Akzeptanz der Wiedervereinigung auf freiheitlich-demokratischer Grundlage bewegen zu können.<sup>28</sup> Die Parteiführung trat am 16. März 1959

26 Vgl. ebd., S. 360–389. – Gallus, *Die Neutralisten*, S. 85–93.

27 Das Gespräch Chruščëvs mit dem Hamburger Verleger Axel Springer und dem Chefredakteur der »Welt«, ist abgedruckt in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion*, Bd. 2, Berlin (Ost) 1963, Dok.: Hans Zehrer, am 29.1.1958, S. 530–550 (künftig zitiert: *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion mit Bandangabe*), sowie in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, III. Reihe, Bd. 4: 1. Januar bis 9. November 1958, Bonn u. a. 1967, S. 449–460 (künftig zitiert: *Dokumente zur Deutschlandpolitik mit Reihen- und Bandangabe*).

28 Vgl. Gallus, *Die Neutralisten*, S. 72–75.

mit einem Deutschland-Plan dieses Inhalts an die Öffentlichkeit.<sup>29</sup> Sie war sich freilich ihrer Sache nicht völlig sicher. Deswegen reisten die Sozialdemokraten Carlo Schmid und Fritz Erler nach Moskau und erkundigten sich bei Chruščëv, was er davon halte. Die Antwort war vollkommen negativ. Ausdrücklich gab der Kremlchef zu erkennen, dass er die deutsche Einheit nur auf einer den Verhältnissen in der DDR entsprechenden Basis zulassen würde.<sup>30</sup> Auch die Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen, die er am 5. Mai 1959 empfing, erhielten die Auskunft, eine Vereinigung sei nur durch Übereinkunft mit der DDR – also faktisch zu den Bedingungen des SED-Regimes – möglich.<sup>31</sup> Diese Auskünfte führten zu einem Prozess des Umdenkens in der SPD, der in das Godesberger Programm mündete. Am 30. Juni 1960 sicherte die Partei im Bundestag der Westintegrationspolitik Adenauers einschließlich der NATO-Mitgliedschaft volle Unterstützung zu.<sup>32</sup>

## Gegensätzliche Argumentationen

### *Angebotsthese*

Der fortgesetzte Streit über Inhalt und Bedeutung der Stalin-Note ließ Publizisten und Wissenschaftlern eine detaillierte Begründung ihrer Standpunkte notwendig erscheinen. Die Kernfrage lautete: Welchen Zweck verfolgte die UdSSR? Die nächstliegende Vermutung, die in den ersten Jahren den Stellungnahmen überwiegend zugrunde lag, war die Annahme, dass die vorgeschlagenen Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland als Ganzem der tatsächlichen Absicht entsprachen und dass sich damit die Bereitschaft zur Wiedervereinigung in einer für die ins Auge gefassten westlichen Vertragspartner annehmbaren Weise verband. Demnach handelte es sich um ein Angebot zu ernsthaften Verhandlungen. Nicht

29 Siehe Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 1/2, Dok.: Deutschland-Plan der SPD, 16.3.1959, S. 1207–1222.

30 Vgl. Gerhard Wettig (Hrsg.): Chruščëvs Westpolitik 1955–1964 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 88/2) München 2015 (im Druck), Dok. 13: Gespräch Chruščëvs mit Fritz Erler und Carlo Schmid, 16.3.1959.

31 Siehe Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 3/2, Dok.: Gespräch des Ministerpräsidenten Chruščëv mit einer Delegation sozialdemokratischer Redakteure, 5.5.1959, S. 1523–1535.

32 Vgl. August Leugers-Scherzberg: Von den Stalin-Noten bis zum Deutschlandplan: Die deutsche Sozialdemokratie und der Neutralismus in den 1950er-Jahren, in: Dominik Geppert/Udo Wengst (Hrsg.): Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945–1990, München 2005, S. 45–58 (künftig zitiert: Geppert/Wengst, Neutralität).

alle Autoren, die dieser Ansicht waren, zogen daraus den Schluss, man hätte darauf eingehen sollen.

*Wilhelm Cornides*, der Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, sprach zwar von den »handgreiflichen Vorteilen«, die sich Stalin von der angestrebten militärischen Neutralität Deutschlands versprochen habe und die ihm die Aufgabe des SED-Regimes wert gewesen seien, hielt aber zugleich das Nein des Westens zu diesem Vorschlag für richtig. Diese Haltung begründete er mit dem Hinweis, der sowjetische Führer habe den globalen Sieg der Sowjetunion und ihres politischen Systems durch Krieg zwischen den kapitalistischen Mächten herbeiführen wollen. Ein wichtiges Moment dieses Kalküls sei die Trennung der Bundesrepublik vom Westen gewesen. Zur Begründung dieser Einschätzung wies er auf wenig später erfolgte Äußerungen Stalins hin, denen zufolge »(West-)Deutschland und Japan« auch nach der Bewaffnung durch den Westen die Rolle bloßer Juniorpartner nicht auf Dauer akzeptieren würden, was die selbstmörderische »Krise des kapitalistischen Weltsystems« entscheidend vorantreiben werde.<sup>33</sup>

Cornides hielt es allem Anschein nach für unerheblich, dass die von ihm angeführten Äußerungen Stalins ausdrücklich auf Westdeutschland – also nicht auf den gesamtdeutschen Staat, den die Note ins Auge gefasst hatte – Bezug nahmen. Vermutlich meinte er, wie der Sowjetexperte Boris Meissner, die Klammer sei eine nachträglich im Herbst 1952 vorgenommene Einfügung in den Text vom Frühjahr, um der inzwischen nicht zustande gekommenen Wiedervereinigung Rechnung zu tragen. Diese Ansicht könnte erklären, wieso Cornides die Frage für »fast müßig« hielt, »ob das Angebot der Wiederherstellung eines bündnisfreien deutschen Staates in der Note vom 10. März 1952 ernst gemeint war«. Seiner Auffassung zufolge war für die Bewertung der Politik Stalins entscheidend, dass sie darauf abzielte, den Sieg über den Westen durch die Zerstörung von dessen Einheit zu erringen. Mit Blick darauf erschien es richtig, dass die westliche Seite nicht der Lockung mit der Wiedervereinigung erlegen war und damit ihren Zusammenhalt gewahrt hatte. Andernfalls wäre ihre Position in Europa unterminiert worden, und in der Bundesrepublik hätte wahrscheinlich ein innenpolitischer Erdrutsch stattgefunden.<sup>34</sup>

*Paul Sethe* von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« hielt das Angebot, das die UdSSR nach seiner Einschätzung im März 1952 unterbreitet hatte, zunächst für

33 Ausführungen Stalins am 2.10.1952 auf dem XIX. Parteitag der KPdSU, in: Pravda vom 3.10.1952. – I. Stalin: *Ekonomičeskie problemy socializma v SSSR*, Moskau 1952, S. 30–36.

34 Wilhelm Cornides: *Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955*, Stuttgart 1957, S. 251–257 (künftig zitiert: Cornides, *Die Weltmächte und Deutschland*).

wenig interessant. Erst als danach keine weiteren sowjetischen Initiativen folgten und die Hoffnungen auf staatliche Einheit dahinschwanden, kam er im Rückblick zu der Ansicht, dass man die Note hätte nutzen und prüfen sollen. Daher plädierte er wenig später für eine positive Antwort. Ob dies der Weg zur Wiedervereinigung gewesen wäre, habe sich zwar nicht im Voraus sagen lassen, doch sprach er Adenauer wegen seiner von Beginn an ablehnenden Haltung staatsmännische Qualitäten ab. Die großen Außenpolitiker der Vergangenheit – Talleyrand, Metternich und Bismarck – hätten niemals nur einen Weg ins Auge gefasst und niemals auf Möglichkeiten verzichtet, wenn diese nicht in ein vorgefasstes Schema passten. Man müsse stets mehrere Optionen durch Verhandlungen abtasten. Die internationale Politik sei ein Tauschgeschäft. Wiedervereinigung und NATO verhielten sich daher zueinander wie Tag und Nacht. Sethe zufolge sollte Deutschland einen Status bewaffneter Neutralität mit Vier-Mächte-Garantie erhalten und sich gegebenenfalls einem europäischen Sicherheitssystem anschließen.<sup>35</sup>

Was die Befürworter der ablehnenden Reaktion an der Note bemängelten, hielt Sethe für unerheblich. Er war sich sicher, dass die für Deutschland vorgesehenen »demokratischen« und »friedliebenden« Verhältnisse im westlichen Sinne gemeint waren und dass die fehlende Bezugnahme auf freie Wahlen unerheblich sei.<sup>36</sup> Die Forderung nach einem Verzicht auf die Beteiligung an Bündnissen und nach Abzug

35 Vgl. Gallus, *Die Neutralisten*, S. 124–137.

36 Paul Sethe: *Die sowjetische Note vom 10. März 1952* (künftig zitiert: Sethe, *Die sowjetische Note*), in: Hans-Adolf Jacobsen/Otto Stenzl (Hrsg.): *Deutschland und die Welt. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1963*, München 1964, S. 116–125 (künftig zitiert: Jacobsen/Stenzl, *Deutschland und die Welt*). Bei dieser Einschätzung berief sich Sethe darauf, dass DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl am 14. März 1952 in Auslegung der »Note seiner sowjetischen Schutzmacht« erklärt hatte, »[f]reie Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung« seien »der kürzeste Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einheit«, in: Otto Grotewohl: *Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze*, Bd. 2, Berlin (Ost) 1959, S. 444–464 (künftig zitiert: Grotewohl, *Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik mit Bandangabe*). – Er sah die Vermutung, dass es sich um das Angebot einer Wiedervereinigung auf der Grundlage der westlichen Demokratie handele, durch die Tatsache bestätigt, dass die Volkskammer der DDR Adenauers 14 Punkte für ein gesamtdeutsches Wahlgesetz vom 27.9.1951 mit einem Entwurf von ihrer Seite beantwortet hatte, woraufhin die Bundesregierung am 6.2.1952 ihre Vorstellungen in Paragrafenform vorgelegt hatte, in: *Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, I. Teil: Oktober 1949–Oktober 1953*, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4. Aufl., Bonn 1958, S. 40–42, 63–70, 71–74 (künftig zitiert: *Die Bemühungen der Bundesrepublik*). – Sethe ließ außer Betracht, dass der – wie wir heute wissen, von einer Kommission unter Ulbrichts Leitung ausgearbeitete – DDR-Entwurf, den die Volkskammer der Öffentlichkeit unterbreitet hatte, den Grundsätzen einer freien Wahl total widersprach.

der fremden, also auch der westlichen Truppen hielt er nicht für problematisch, sondern vermerkte sie sogar positiv. Er begründete dies damit, dass die vorgesehene »Freiheit Deutschlands von jedem Bündnis« und die Erlaubnis zur Aufstellung einer auf Verteidigung ausgerichteten Nationalarmee eine Gewähr für eine »unabhängige Politik« böten. Für ein Land in der deutschen Lage sei es »weise«, dass es sich »der weltpolitischen Verstrickung entzieht« und »darum auf Bündnisse verzichtet, die von ihm mehr verlangen, als es geben kann«. »Das Wesentliche ist immer die Freiheit von einseitiger Bindung.«<sup>37</sup>

Sicherheit für Deutschland versprach sich Sethe entweder aufgrund einer »von den Großmächten garantierte[n] Neutralität« oder einer »Stellung oberhalb der Militärblöcke nach dem Vorbild Schwedens oder Indiens« oder auch eines »allgemeine[n] Sicherheitssystem[s]«, in dem alle Mitgliedsländer nach den Prinzipien der kollektiven Sicherheit bei einem Angriff auf einen von ihnen »zum Eingreifen verpflichtet werden«. Als Beispiel für die Wirksamkeit eines Schutzes auf dieser Basis wies er darauf hin, dass verschiedene Staaten 1950 im Korea-Krieg dem Angriffopfer aufgrund eines UNO-Mandats militärische Hilfe geleistet hatten.<sup>38</sup> Weiter machte er geltend, dass die UdSSR, falls sie die Absicht zum Angriff gegen Deutschland hätte, nach Abzug der Besatzungstruppen ihr offensives Vorgehen 150 Kilometer weiter östlich beginnen müsse und damit zu rechnen habe, »dass dann sofort britische, französische und amerikanische Bomber eingriffen«. Dem lag die für selbstverständlich erachtete Annahme zugrunde, dass die Westmächte einschließlich der USA einen Angriff auf das neutrale Deutschland sogleich von zu Hause aus mit dem vollen Einsatz ihrer Streitkräfte beantworten würden.<sup>39</sup>

In der Note sei die UdSSR »so weit gegangen wie vorher noch nie«, lautete Sethes Fazit. »Der Westen und der westdeutsche Bundeskanzler«, so hieß es, »durften stolz sein, wenn sie diese Frucht ihrer Zähigkeit vor sich erblickten.« Allein dadurch, dass »man deutsche Uniformen am Horizont der Weltpolitik« gezeigt habe, sei ein Entgegenkommen erzwungen worden, »das wenige Jahre vorher undenkbar gewesen wäre«. Sethe wurde allerdings ohne die Kenntnis interner Moskauer Quellen zu dem Vorbehalt veranlasst, die angenommene Aufrichtigkeit des Angebots lasse sich nicht mit völliger Sicherheit erweisen. Mithin schien ein Irrtum grundsätzlich

37 Sethe, Die sowjetische Note. – Sethe war mit der hier zum Ausdruck gebrachten Ansicht seit 1954/55 an die Öffentlichkeit getreten.

38 Im Juni 1950 hatte das kommunistische Nordkorea den südlichen Landesteil angegriffen. Dessen völlige Eroberung wurde durch die USA verhindert, die sich – durch einen vorangegangenen sowjetischen Boykott des Sicherheitsrates ermöglicht – für ihre militärische Intervention eine Legitimation der UNO verschafft hatten. Dem amerikanischen Beispiel folgten mit kleinen Kontingenten weitere westlich orientierte Staaten.

39 Siehe Sethe, Die sowjetische Note.

denkbar, doch warf er der Bundesregierung vor, an einer Klärung der sowjetischen Absichten kein Interesse gehabt zu haben, was sich in Verhandlungen hätte prüfen lassen. Er wies den Einwand zurück, die Aufnahme diplomatischer Gespräche habe zur Vernachlässigung der »Stärkung des Westens« geführt und die als Druckmittel gegenüber der UdSSR nötige Fortsetzung der Vorbereitungen zur Beteiligung der Bundesrepublik am westlichen Bündnis gefährdet. Das wäre dadurch zu vermeiden gewesen, dass sie gleichzeitig im »Bemühen um die deutsche Rüstung« nicht nachgelassen hätte.<sup>40</sup>

*Klaus Erdmenger*, der bis zu seinem frühen Tod an der Universität Konstanz Politik lehrte, wandte sich gegen das, wie er meinte, bei Skeptikern übliche »eingleisige Verfahren«, der UdSSR konstant offensive sowjetische Ziele aufgrund allein ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie zu unterstellen und allenfalls Phasen taktisch unterschiedlichen Vorgehens für möglich zu halten. Der Interpret werde so »zum Opfer der zähen und langatmigen, ständig wiederholten und ideologisch verkleideten sowjetischen Verlautbarungen, denen er ja gerade kritisch zu Leibe rücken« wolle. Weil »die einfachsten, eindeutig erscheinenden Begriffe ideologisch so aufgeladen« seien, »dass sie mehrdeutig schillern«, seien damit die »Motive und Ziele der sowjetischen Politik« nicht zu eruieren. Es gelte vielmehr, »die Ideologie immer mit der Praxis in einer sich verändernden Machtkonstellation in eins zu sehen« und damit der »Funktion dieser Art Ideologie, die Praxis zu verschleiern«, zu begeben.<sup>41</sup>

Um der Ideologie den richtigen Platz in der Politikanalyse zuzuweisen, zählt Erdmenger in aller Kürze Entwicklungsphasen des sowjetischen Vorgehens in Deutschland auf. Nachdem, wie er annimmt, die UdSSR mit dem Scheitern der Berlin-Blockade und dem Containment-Kurs der USA an die Grenzen ihrer Macht gestoßen sei, habe sie sich auf die »Konsolidierung ihres Besitzstandes« konzentriert und zugleich versucht, »den Status Westdeutschlands beziehungsweise eines immer noch angestrebten Gesamtdeutschlands mitzugestalten«. Dieses Bemühen habe »seinen Höhepunkt in den Jahren zwischen 1952 und 1955« erreicht, »als die militärische, wirtschaftliche und politische Integration der Bundesrepublik in den Westen sich abzeichnete, die endgültige Entscheidung aber« noch offen blieb. Die Führung in Moskau habe realistisch erkannt, »dass es mit ihrer expansiven Politik nach 1948 vorbei gewesen sei«. Zwar habe man ihr den damaligen Besitzstand nicht ohne Krieg streitig machen können, doch ihr Geschöpf DDR sei »zumindest bis 1953/54 ein krisengeschütteltes, wirtschaftlich bankrott und instabiles Gebilde« gewesen, wäh-

40 Ebd.

41 Klaus Erdmenger: *Das folgenschwere Missverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949–1955*, Freiburg im Breisgau 1967, S. 132 f. (künftig zitiert: Erdmenger, *Das folgenschwere Missverständnis*).